

Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	1
<b>Die Geschichte der Währungsunion</b>	5
<b>1. Kapitel: Die Auswahl der Teilnehmer</b>	17
A. Überblick über die einzelnen Verfahrensschritte	20
B. Die Berichtsphase	21
I. Die Konvergenzkriterien	21
1. Die ökonomischen Kriterien	22
11. Preisstabilität	23
22. Finanzlage der öffentlichen Hand	28
33. Währungsstabilität	46
44. Dauerhaftigkeit der Konvergenz	53
55. Bewertung der ökonomischen Kriterien	55
2. Rechtliche Konvergenz	63
11. Anforderungen an die mitgliedstaatlichen Notenbanken	64
22. Monetäre Verbote	67
33. Bewertung der rechtlichen Konvergenzkriterien	71
II. Sonstige Faktoren	74
C. Die Bewertungsphase	76
D. Die Entscheidungsphase	79
I. Bindungswirkung der vorbereitenden Akte	80
II. Notwendige Voraussetzungen	82
III. Entscheidungsmöglichkeit der Mitgliedsstaaten	85
E. Späterer Beitritt zur Währungsunion	95

Inhalt	
I. Einleitung	95
II. Überblick über den Inhalt der Ausnahmeregelungen	97
III. Der neue Wechselkursmechanismus	98
1. Gründe für ein neues Wechselkursregime	98
2. Ausgestaltung des neuen Wechselkursregimes	102
IV. Nachqualifikation	104
1. Das Verfahren der Nachqualifikation	105
2. Die Voraussetzungen der Nachqualifikation	106
3. Nachqualifikation von Griechenland und Schweden	110
11. Griechenland	111
22. Schweden	112
V. Gefahr einer Spaltung der EU?	113
F. Bewertung der Stabilitätsgrundlage	117
<b>2. Kapitel: Anforderungen an die Europäische Zentralbank zur Absicherung der Stabilität</b>	<b>121</b>
A. Einleitung	121
B. Europarechtliche Vorgaben	124
I. Zielausrichtung: Preisstabilität	124
1. Begriff und Bedeutung der Preisstabilität	126
2. Auswirkungen auf die Bundesbank	131
II. Unabhängigkeit der EZB und des ESZB	134
1. Neue währungspolitischen Institutionen der Gemeinschaft	136
2. Die Organe der neuen Währungshüter	138

11. Das Direktorium	138
22. Der Europäische Zentralbankrat	141
33. Der Erweiterte Rat	145
3. Auswirkungen auf die Stellung der mitgliedsstaatlichen Notenbanken am Beispiel der Bundesbank, der Banque de France und der Banca d'Italia	147
11. Die Bundesbank	148
22. Die Banque de France	154
33. Die Banca d'Italia	160
4. Begriff der Unabhängigkeit	166
11. Personelle Unabhängigkeit der Mitglieder des EZB-Rates	168
22. Institutionelle Unabhängigkeit	195
33. Funktionelle Unabhängigkeit	204
a. Begriff der funktionellen Unabhängigkeit	204
b. Verhältnis zu den gemeinschaftlichen Organen und den Mitgliedsstaaten	207
aa. Europäisches Parlament	207
bb. Europäischer Rechnungshof	215
cc. Rat der Europäischen Gemeinschaften	217
dd. Kommission	246
ee. EuGH	248
ff. Mitgliedsstaaten am Beispiel Deutschlands	252
gg. Euro - 11- Rat	261
hh. Politische Union	265
ii. Demokratische Legitimation der EZB	271
c. Fazit bezüglich der funktionellen Unabhängigkeit	278
44. Vermögensrechtliche Unabhängigkeit	280
a. Kapital	281
b. Gewinnverteilung	282
c. Monetäre Verbote	285

Inhalt	
d. Fazit bezüglich der vermögensrechtlichen Unabhängigkeit	287
5. Gesamtbetrachtung der Absicherung der Unabhängigkeit	287
III. Geldpolitik	291
1. Geldpolitische Zielsetzungen	291
2. Geldpolitisches Instrumentarium	294
3. Bankenaufsicht	299
C. Stellungnahme zur Fähigkeit der EZB/des ESZB, die Stabilität des Euro zu gewährleisten	304
<b>3. Kapitel: Korrespondierende Wirtschafts- und Finanzpolitik</b>	<b>309</b>
A. Divergenzen und Gemeinsamkeiten der Wirtschafts- und Währungsunion	310
I. Einführung	310
II. Völlige Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik, eine Lösung?	313
1. Ökonomische Argumentation	313
2. Politische Ängste	316
3. Rechtliche Hindernisse	318
11. Gemeinschaftsrecht	318
22. Verfassungsrecht am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland	323
4. Ergebnis	325
B. Rechtsgrundlagen der „Wirtschaftsunion“	327
I. Allgemeines	327

II. Übersicht über die Finanz- und Haushaltsvorschriften	329
1. Primärrechtliche Vorgaben	329
2. Sekundärrechtliche Ergänzungen	331
III. Die „präventive“ Absicherung der Wirtschaftsunion	337
1. Die Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten durch Art. 99 I EGV	338
2. Festlegung und Überwachung der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“	340
11. Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik	341
22. Das Multilaterale Überwachungsverfahren	344
3. Bewertung der präventiven Vorgaben	352
IV. Begleitende Regelungen	353
1. Monetäre Verbote	353
2. Beistandsregelungen versus Haftungsausschluß	354
V. Die „repressive“ Ausformung der Wirtschaftsunion	359
1. Allgemeines	359
11. Gründe einer Defizitbegrenzung	360
22. Problematik der Ausgangslage der Währungsunion	365
33. Disziplinierung durch die Kräfte des Marktes?	368
2. Exkurs: Stabilitätspakt	371
11. Darstellung	372
22. Problematik	373
3. Das Verfahren nach Art. 104 EGV und unterstützende Regelungen	383
11. Überblick über das Überwachungsverfahren	383
22. Das Korrekturverfahren	390
33. Das Sanktionsverfahren	397

44. Verwendung der Einnahmen und Aufhebung der Sanktionen	404
4. Bewertung der repressiven Regelungen	406
5. Rückblick und Ausblick	414
VI. Rechtsschutz in der Wirtschaftsunion	415
C. Innerstaatliche Umsetzung der europarechtlichen Haushaltsvorgaben	418
I. Realität	421
II. Möglichkeiten einer innerstaatlichen Regelung	423
1. Verfahren zur Aufteilung des Verschuldungsrahmens	424
11. Umfang der insgesamt zulässigen Verschuldung	424
22. Alternativen der Verteilung der Verschuldungsbeträge	427
2. Sanktionen	443
11. Regelfall	443
22. Ausnahmen	444
33. Überforderung	447
3. Zusammenfassung der innerstaatlichen Umsetzung	447
III. Rechtliche Umsetzung der innerstaatlichen Regelungen	448
1. Freiwillige Umsetzung	449
2. Staatsvertrag	450
3. Gesetzliche oder verfassungsrechtliche Festschreibung	451
11. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	451
22. Verpflichtung der Länder aufgrund des Zustimmungsgesetzes (iVm. dem Prinzip der Bundestreue)	454
33. Grundgesetzliche Kreditgrenzen als Kompetenzgrundlage	459

IV. Bewertung der innerstaatlichen Umsetzung	468
<b>Schlußbetrachtung</b>	471
<b>Ausblick</b>	476
Literaturverzeichnis	479